

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 17. September 2024

www.epd.de

Nr. 38

■ Hoffnung in bedrohten Zeiten – Christliche Beiträge zur Demokratie heute

Texte der Evangelischen Akademie zu Berlin

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführerinnen:
Ariadne Klingbeil, Dr. Stefanie Schardien
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 –135
Fax: (069) 58 098 –294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Einleitung

Die Zahl umstrittener Themen wächst, die Zahl der Menschen, die zu extremen Lösungen neigen, auch. Wir befinden uns in einem Jahr, das mit Kommunal- und Europawahlen begonnen hat, sich mit Landtagswahlen fortsetzt und dann übergeht zu Gemeindegemeinderats- und Bundestagswahlen in den drauffolgenden zwölf Monaten. Für uns als Christinnen und Christen und als Kirchenmitglieder ist es existentiell, über den Umgang mit dem Umstrittenen nachzudenken, eigene Positionen zu finden.

Aus diesem Grund haben wir uns in der Evangelischen Akademie zu Berlin mit einigen der schwierigen Themen auseinandergesetzt und kurze Texte entworfen, um uns zu verständigen und weiterführende Gespräche zu eröffnen, Zustimmung zu suchen, aber auch zu Widerspruch anzuregen. Das Grundsatzpapier »Glaube, Liebe, Hoffnung« (S. 24) nimmt Gedanken aus unseren US-amerikanischen Schwesterkirchen auf, die sie unter dem Titel »Reclaiming Jesus« formuliert und der Öffentlichkeit übergeben hatten und formuliert Standpunkte für unsere Situation. Dabei trägt es den Veränderungen Rechnung, die sich aus dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, dem Terroranschlag in Israel und dem Krieg in Gaza ergeben. Die Überlegungen zu Frieden, Ge-

schlecht, Klima, Migration, Nation, Rassismus und Antisemitismus (S. 4) rufen Themen auf, in denen Bedürfnisse, Rahmenbedingungen und weltanschauliche Grundeinstellungen miteinander im Konflikt stehen und die nicht übergangen oder totgeschwiegen werden dürfen.

Im Vorfeld der Wahljahre 2024/2025 begann in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburgische Oberlausitz (EKBO) die Diskussion über den künftigen Umgang mit der AfD. Die Grundordnung legt seit vielen Jahren fest, dass Menschen mit menschenfeindlichen Einstellungen nicht Mitglied von Gemeindegemeinderäten sein können. Bisher galt diese Unvereinbarkeitsklausel vor allem für Mitglieder rechtsextremer Parteien wie NPD und Dritter Weg. Die programmatische Ausrichtung der AfD schien nicht ausreichend zu sein. Diese Beurteilung hat sich in den letzten Jahren dramatisch gewandelt. Die rassistischen, völkisch-nationalen und demokratieverachtenden Auslassungen führender Vertreter der Partei und ihre Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall durch den brandenburgischen Verfassungsschutz führte zum Umdenken und zur Neubewertung. Im Juni 2024 wurde nach einer Diskussion der Landessynode im April in einer landeskirchlichen Verordnung festgelegt, dass künftig öffentlicher

Auftritt für die AfD sowohl zum Verlust des passiven Wahlrechts führt als auch zum Ausschluss aus den Gremien der EKBO (s.a. *epd Dokumentation 18/2024*).

Aus diesem Anlass und zur Information von Kirchengemeinden und Christinnen und Christen geben wir in der vorliegenden Ausgabe von *epd Dokumentation* eine Diskussion wieder, die der Präsident des Thüringer Verfassungsschutzes, Stephan J. Kramer und Jörg Müller, der Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Brandenburger Innenministerium auf der Tagung »Demokratie ist ein Marathon« am 19. April 2024 in Halle/Saale geführt haben. (S. 20, s.a. *epd Dokumentation 34/2024*)

Nach den erschütternden Wahlergebnissen in Sachsen und Thüringen ist es umso notwendiger darauf zu schauen, warum die AfD eine Partei ist, die zu Wahlen antritt und gewählt wird, bei der es dennoch oder gerade deswegen notwendig ist, ihr vehement entgegenzutreten. Als Argumentationshilfe veröffentlichen wir Beobachtungen des Brandenburger Verfassungsschutzes (S. 22).

(Heinz-Joachim Lohmann, stellvertretender Direktor und Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum der Ev. Akademie zu Berlin.)

Quellen:

Hoffnung in bedrohten Zeiten – Christliche Beiträge zur Demokratie heute

Texte der Evangelischen Akademie zu Berlin - www.eaberlin.de/hoffnung-in-bedrohten-zeiten

Inhalt:**Hoffnung in bedrohten Zeiten – Christliche Beiträge zur Demokratie heute**

Heinz-Joachim Lohmann: Einleitung	2
▶ Dr. Friederike Krippner: Hoffnung in bedrohten Zeiten - Christliche Beiträge zur Demokratie heute	4
▶ Dr. Friederike Krippner: Leitbild Gerechter Frieden	5
▶ Prof. em. Katharina von Kellenbach: Geschlecht, Gender und Geschöpflichkeit	7
▶ Dr. Hannah Schilling: Klimakrise und sozial-ökologische Transformation	9
▶ Dr. Max Oliver Schmidt: Migration und Flucht als Pulsgeber demokratischer Gemeinschaft	12
▶ Heinz-Joachim Lohmann: Wohin gehören wir? Identität, Nationalität und Glaube	14
▶ Kristina Herbst und Nina Schmidt: Rassismus – ein Thema in der Kirche?	16
▶ Dr. Christian Staffa und Kristina Herbst: Christliche Verantwortung für Antisemitismus	18
Podiumsdiskussion mit Stephan J. Kramer, Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen und Jörg Müller, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Brandenburg: Demokratie wehrt sich - Die extreme Rechte in Brandenburg und Thüringen	20
Jörg Müller: Der Rechtsextremismus der AfD Brandenburg	22
Heinz-Joachim Lohmann und Dr. Christian Staffa: Glaube, Liebe, Hoffnung – Orientierungsversuche in Zeiten des Streits 2.0	24

Hoffnung in bedrohten Zeiten Christliche Beiträge zur Demokratie heute

Dr. Friederike Krippner, Direktorin der Ev. Akademie zu Berlin

Wir glauben, dass Gott uns nicht den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit gegeben hat. (2. Timotheus 1,7)

Gesellschaftliche Debatten nehmen seit einiger Zeit an Schärfe und Polemik zu. Die These von der gespaltenen Gesellschaft ist zum medialen Dauerthema geworden. Empirisch lässt sie sich nicht unbedingt belegen, aber zweifellos sind die extremen Ränder lauter geworden. Zumindest gefühlt leben wir in einer gesellschaftspolitisch aufgeheizten Welt.

Ohne Frage gibt es viel Anlass für Diskussionen um tragfähige Lösungen für verschiedene Krisen. Deutschlands Umgang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine, mit dem Krieg im Gazastreifen, mit der Klimakrise, mit Migration und Flucht – das alles sind große politische Fragen, die die Debatte derzeit bestimmen. Das hat Auswirkungen auf jeden und jede von uns: Harmlos beginnende Gespräche über Politik im Freundeskreis, in der Familie, bei der Arbeit oder in der Gemeinde bergen Eskalationsgefahr.


Manche Auseinandersetzungen werden daher gemieden. Das aber ist gefährlich, denn Demokratie lebt von der Debatte. Politisch nutzen starke gesellschaftliche Strömungen die derzeitige gesellschaftliche Stimmungslage aus. Sie antworten darauf mit antieuropäischen, nationalistischen, antiliberalen und antipluralistischen Positionierungen, die das falsche Versprechen sehr einfacher Antworten auf komplexe Probleme bergen.

Wir als kirchliche Bildungsarbeiter*innen an der Evangelischen Akademie zu Berlin hören in unseren Veranstaltungen viele berechtigte Fragen zu politischen Konzepten oder gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten und auch Kritik an kirchlichen Antwortversuchen. Wir spüren Unsi-

cherheiten, Ängste und manchmal Aggressionen. Die Themen, die mit diesen Gefühlen verbunden sind, werden in diesem Jahr im Kontext der anstehenden Wahlen wohl eine erhebliche Rolle spielen.

Der christliche Anspruch, die Gesellschaft mitzugestalten, birgt den Anspruch, dass Gemeinden, Diakonie und kirchliche Bildungsarbeit gesellschaftliche Themen nicht umgehen. Kontroversen zu führen, ohne Affektpolitik auf den Leim zu gehen, könnte ein kirchlicher Beitrag zu einer produktiven demokratischen Debatte sein. Um dies anzuregen, haben wir uns entschlossen, einige derzeit kontrovers verhandelte Themen aus einer christlich verantworteten Perspektive zur Diskussion zu stellen.

Die Kürze der Texte zeigt schon an, dass sie vor allem Anstoß zu weiterführenden Debatten sein sollen. Wir haben uns bemüht, auch Fragen zu stellen, auf die wir noch keine Antwort haben, Diskursräume zu öffnen und gleichzeitig zu markieren, wo aus einer theologischen Perspektive Grenzen des Sagbaren liegen. Ziel dieser kleinen Textsammlung ist also, zu einigen Themen, die derzeit den öffentlichen Diskurs bestimmen, theologisch und kirchlich fundierte Denkanstöße zu formulieren.

Dieser Versuch ist geleitet von der Vision einer Kirche, die von Hoffnung und nicht von Sicherheiten lebt. Denn biblische Wirklichkeit war immer von unsicheren Verhältnissen geprägt. Menschen, die biblischer Botschaft folgten, mussten unter solchen Verhältnissen versuchen, ihre Wirklichkeit zu gestalten. Das kann und soll uns Mut machen, gerade auch in kirchlichen Kontexten gemeinsam nachzudenken über das, was das Hier und Jetzt erfordert. 

Leitbild Gerechter Frieden

Dr. Friederike Krippner, Direktorin der Ev. Akademie zu Berlin

Der Geist Gottes des HERRN ist auf mir, weil der HERR mich gesalbt hat. Er hat mich gesandt, den Elenden gute Botschaft zu bringen, die zerbrochenen Herzen zu verbinden, zu verkündigen den Gefangenen die Freiheit, den Gebundenen, dass sie frei und ledig sein sollen. (Jesaja 61,1)

Der Krieg ist uns so nah in der Tagespolitik, wie er es hier in Europa lange nicht war. Seit dem 24. Februar 2022, seit also Russland seinen Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen hat, ist der Krieg wieder in Europa angekommen.

Dem kann man zweierlei entgegenen. Erstens: Auch vorher schon war Krieg in der Ukraine, allerdings in einer latenten Weise, die es der Weltgemeinschaft einfacher machte, diesen militärischen Konflikt zu ignorieren. Zweitens: Die Betonung, dass Frieden und Krieg uns nun mehr angehen, weil der Krieg in Europa angekommen sei, legt eine eurozentrische Perspektive offen. Die globalen Konflikte waren bereits vorher massiv, man denke nur beispielhaft an die anhaltenden Konflikte mit unzähligen Opfern in Myanmar, Sudan und Äthiopien.

Beide Einwände sind richtig. Richtig ist aber auch: Die Zahl der gewaltvollen Konflikte weltweit nimmt seit ein paar Jahren insgesamt zu. Und: Seit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 in Deutschland hat sich die Diskussion zur Sicherheitspolitik und zum geopolitischen Gefüge massiv verändert.

Damit sind auch die Diskussionen in der evangelischen Kirche intensiver geworden. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die radikal pazifistisch auf allgemeine Abrüstung dringen, jegliche Beteiligung an militärischer Gewaltausübung unabhängig von der politischen Situation ablehnen und auch bei massiven völkerrechtswidrigen Aggressionen auf nicht-militärische Mittel wie Diplomatie und zivilen Widerstand setzen. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die militärische Gewalt als äußerstes Mittel der Gefahrenabwehr und Selbstverteidigung als legitim ansehen. Sie argumentieren zum Beispiel, dass Waffenlieferungen an die Ukraine und unter Umständen auch eine militärische Aufrüstung Deutschlands nicht nur ethisch möglich, sondern sogar geboten sei, weil die Durchsetzung der internationalen Ordnung notfalls reaktive Gewalt verlange. Da-

zwischen gibt es viele Schattierungen – und auch viel Ratlosigkeit.

Was sagt die Bibel? Die biblischen Texte geben unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten: Wir kennen aus diesen Texten selbstverständlich das Recht auf Verteidigung. Das Volk Israel ist stets bedroht; davon erzählt die Bibel ausführlich. Waffengewalt und sogar Freude über gewonnene Kriege ist den biblischen Texten nicht fremd – man denke nur an die Psalmen. In den Evangelien kommen mehrfach Soldaten vor. Das Lukas-evangelium legt nahe, dass sich christlicher Glaube und Soldatentum nicht ausschließen (vgl. Lukas 3,13-14). Demgegenüber lehnt die Bergpredigt Gewalt auch zur Selbstverteidigung ab: Christinnen und Christen sollen ihre Feinde lieben, so wie Gott den Guten wie den Bösen Sonne und Regen schenke. Bei Paulus hingegen heißt es, dass Gott dem heidnischen Staat das Schwert geschenkt habe, damit es die Bösen bestrafe (Römer 13,1-7).

Das zeigt die Grenzen der einfachen Übertragbarkeit biblischer Texte auf die heutige Situation. Denn anders als der antike Paulus leben wir heute in Deutschland in einer Demokratie. Sich zurückzuziehen und zur Durchsetzung von Recht auf den Staat zu verweisen, der gleichsam unabhängig von Christenmenschen existiert, ist damit keine Option.

Gerechter Frieden als Kerngedanke protestantischer Friedensethik

Kerngedanke protestantischer Friedensethik jüngerer Zeit in Deutschland ist das Konzept des *Gerechten Friedens*. Die Idee des *Gerechten Friedens* ist in Abgrenzung von der zwei Jahrtausende lang immer wieder neu entwickelten Lehre vom *Bellum Iustum* – dem *gerechten Krieg* – entstanden. Bei ihr ging es immer um die Frage: Wann ist ein Krieg gerecht? Mit dieser Tradition bricht das Konzept des *Gerechten Friedens* in zweierlei Hinsicht:

Es denkt, erstens, radikal vom Frieden her. Frieden im Sinne des Gerechten Friedens wird immer als Prozess gedacht. Dieser Prozess umfasst mindestens vier Dimensionen: Schutz vor Gewalt, den Abbau von Not, die Förderung der Freiheit und die Anerkennung kultureller Verschiedenheit.

Die vier Dimensionen bedingen einander, aber sie können in der Lebenswirklichkeit verschieden weit entwickelt sein. Im Wissen darum, dass das Reich Gottes nicht auf Erden ist, sind Christinnen und Christen aber vor dem Horizont von Gottes Frieden dazu angehalten, stetig am Fortschritt dieser vier Dimensionen zu arbeiten. Die vorrangige Option ist dabei zweifellos und immer Gewaltlosigkeit.

Denn die Lehre vom *Gerechten Frieden* kennt, zweitens, keinen gerechten Krieg. Krieg ist immer ungerecht. Trotzdem ist nicht jede kriegerische Antwort auf einen militärischen Angriff unethisch: In einem sehr engen Rahmen kennt das Konzept des *Gerechten Friedens* als Ausdruck der »rechtserhaltenden Gewalt« auch Krieg als *ultimo ratio*. Dies gilt aber nur im Verteidigungsfall, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft sind und die Antwort verhältnismäßig und dem Frieden dienlich ist.


Hier beginnen die Fragen, auf die es keine einfachen Antworten gibt: Die Idee der »rechtserhaltenden Gewalt« ist stark an heutige Grenzen und an die Stärke des Völkerrechts gebunden. Die nationalen Grenzen sind Produkt der Historie. Was aber, wenn deren Ergebnis nicht anerkannt wird? Drängender wohl noch die Frage: Was passiert, wenn eine Partei sich überhaupt nicht an das Völkerrecht gebunden fühlt? Und was heißt Selbstverteidigung: Umfasst sie Waffenlieferungen etwa an die Ukraine, weil die europäische Ordnung durch einen Sieg Russlands über die Ukraine grundlegend in Frage gestellt würde? Was heißt Anerkennung kultureller Vielfalt, wenn

nicht nur Rechtsvorstellungen, sondern auch Interessen global sehr weit auseinander liegen?

Von der Diskussion über diese Fragen sind wir nicht befreit. Aber das Leitbild des *Gerechten Friedens* kann uns einen Rahmen geben, in dem (weiter)gedacht werden kann.

Gewiss ist: Arbeit am Frieden ist Pflicht aller Christinnen und Christen. Trost liegt in dem Vertrauen, dass Christinnen und Christen vor dem Horizont des Reiches Gottes daran glauben: Die Welt kann eine andere werden, und diese Veränderung kann nicht nur durch menschliche Anstrengung erreicht werden. Ein friedensfördernder Beitrag von Christinnen und Christen in dieser Welt kann daher durchaus sein, diese Hoffnung zu artikulieren. Darüber materialisiert sich diese Hoffnung auch in christlicher Friedensarbeit und Friedensförderung.

Weiterführend zum Thema:

- [Friedensdenkschrift](#) des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (2007)
- [Friedensgutachten 2023](#), herausgegeben vom Bonn International Centre for Conflict Studies, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, dem Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen und dem Peace Research Institute Frankfurt – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung 

Geschlecht, Gender und Geschöpflichkeit

Prof. em. Katharina von Kellenbach, PhD, Projektreferentin für »Bildstörungen: Elemente einer antisemitismuskritischen pädagogischen und theologischen Praxis«

»Und Gott sah alles, was er geschaffen hatte, und siehe es war sehr gut.« (Genesis 1,31)

Vor Kurzem haben zwei Landesregierungen das Gendern von Sprache im Schriftverkehr von Behörden, Schulen und Hochschulen verboten – also alle Versuche, Geschlechteraspekte durch Sonderzeichen in der Schriftsprache abzubilden. Eine Erleichterung sehen darin diejenigen, die gegenderte Sprache anstrengend, kompliziert, unverständlich finden. Eine Fehlentwicklung ist dies aus Sicht jener, die mit gegendeter Sprache das Eintreten für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung verbinden.

Was meint eigentlich der Anglizismus *Gender*? Ursprünglich bezieht er sich auf eine aus der Wissenschaftssprache stammende Unterscheidung zwischen sozialem und biologischem Geschlecht – zwischen *sex* und *gender*. Heute wird im allgemeinen Sprachgebrauch alles mit *Gender* bezeichnet, was sich um Geschlechterfragen rankt: Sprache, Geschlecht, Verhaltensweisen und Charaktereigenschaften, Sexualität, Partnerschaften, Kinderkriegen, Elternsein, Familienformen, Lebensweisen, Begehren, Körper und vieles mehr, aufgrund dessen Menschen Ausgrenzung, Benachteiligung oder Abwertung erleben können.

Eine evangelische Perspektive auf diese Fragen ist der Glaube an die Einzigartigkeit und Würde jedes Menschen. Als Christinnen und Christen glauben wir daran, dass jeder Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen ist, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung. Die Ebenbürtigkeit der Geschlechter und die Würde aller Menschen ergeben sich aus ihrem Geschaffen-Sein im »Bilde Gottes« (Genesis 1,27) sowie durch die Berufung in den Dienst an den Nächsten und an zukünftigen Generationen.

Das heißt auch, dass die Gottesebenbildlichkeit erst einmal keine besonderen Geschlechterrollen kennt und auch keine speziellen, an das Geschlecht gebundenen Begabungen oder Begrenzungen. Pflege und Führungsrollen, Lehre und Haushalt, Handwerk und Familie sind nicht geschlechtsspezifisch kodiert. Mit dem Gebot »seid fruchtbar und mehret euch« wird den Menschen eine Verantwortung für die Zukunft auferlegt, die

nicht nach Geschlecht, Status oder Volkszugehörigkeit unterscheidet. Es gehört zur Freiheit eines Christenmenschen, dass wir dieser Verantwortung auf unterschiedliche Arten und Weisen gerecht werden können, dürfen und müssen.

Wie lassen sich diese befreienden, öffnenden biblischen Perspektiven einbringen als Zwischentöne in der gesellschaftlichen Debatte um Gender und Co.?

Gender als diese Vielzahl gesellschaftlicher Realitäten ist Teil der göttlichen Schöpfung; die Vielfalt aller Menschen, ihrer Erfahrungen und Identitäten ist von Gott gewollt. Wer die Bibel liest, lernt diese Vielfalt menschlicher Geschöpflichkeit und die Fülle sexueller und familiärer Lebensmodelle schätzen: Dort finden sich Geschichten von Großfamilien (Abraham) und verlassenen Propheten (Hosea), von Inzest (Lots Töchter) und Jungfrauengeburt (Maria), von verbindlicher Treue (Ruth und Naomi) und leidenschaftlicher Liebe (Hohes Lied) wie auch von Gewalterfahrungen in der Familie (Tamar, Hagar). Und es finden sich Regeln, mit denen sexuelles Begehren in Grenzen gesetzt, die Schwachen geschützt und das familiäre, soziale Zusammenleben gestärkt werden sollen. Respekt für die Vielfalt menschlicher Sexualität, der Schutz inkarnierter Menschenwürde und die intergenerationelle Verpflichtung auf Fürsorge von Jung und Alt gehören damit zu den zentralen Werten der biblisch-christlichen Tradition.

Und dennoch lesen wir im Schöpfungsbericht, dass der Mensch als *weiblich* und *männlich* geschaffen wurde. Es gibt aber Menschen, die sich in keinem dieser beiden Geschlechter verorten. Dies stellt in der theologischen Reflexion eine Herausforderung dar, die mit traditionellen Bildern bricht. Die Einteilung in bestimmte Kategorien stellt für uns Menschen eine gewohnte Strukturierung unseres alltäglichen Lebens dar. Die Vielfalt von Gottes Schöpfung durch menschliche Kategorien eingrenzen zu wollen, bedeutet jedoch eine Anmaßung.

Beim Lesen der Beschreibungen zu Gottes Schöpfung im Buch Genesis fällt auf, dass die Welt in Dualismen wie Licht/Dunkel und Erde/Wasser

aufgeteilt wird. Doch die Betrachtung unserer Welt zeigt eine deutlich größere Vielfalt auf dem Spektrum zwischen diesen Polen– zum Beispiel Dämmerung und Halbschatten, Watt und Moore. Oder eben Intergeschlechtlichkeit. Trans-, intergeschlechtliche oder nichtbinäre Personen stehen nicht im Widerspruch zur göttlichen Schöpfung; sie sind vielmehr Teil der komplexen Realität, in der Menschen ihre Identitäten entfalten.


Wie können wir in der gemeinsamen Bearbeitung und Reflexion biblischer Texte auch unsere eigenen Perspektiven und unser jeweiliges Geworden-Sein auf diese Vielschichtigkeiten mitdenken? Wie können wir diese persönlichen Perspektiven nicht ablösen von unserem Verständnis und unserer Auslegung?

Während die biblischen Texte oft über Gerechtigkeit sprechen, finden sich in ihnen kaum Passagen, die heutige Streitthemen wie Homosexualität, Abtreibung, Ehescheidung oder geschlechtliche Identität behandeln. Das Grundwissen über Sexualität und Fortpflanzung war in der Zeit, in der die biblischen Texte entstanden, rudimentär.

Stabile Familienverbände sicherten das Überleben. Auch deshalb ist es unlauter, biblische Verse aus ihren historischen, kulturellen und materiellen Kontexten herauszureißen und sie als »Schlagworte« für bestimmte politische oder gesetzliche Positionen einzusetzen.

Wie gelingt es, diese komplexen und vielfältigen Themen so miteinander zu diskutieren, dass dabei das Bestreben nach einer gerechten Gesellschaft für alle im Vordergrund steht?

Weiterführend zum Thema:

- [Gender.ismus?](#) – Informationsportal des Evangelischen Zentrums Frauen und Männer zu Angriffen gegen Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt
- Website des [Evangelischen Zentrums Frauen und Männer](#)
- [Studienzentrum der EKD für Genderfragen](#) mit Publikationen und Projekten zum Thema 

Klimakrise und sozial-ökologische Transformation

Dr. Hannah Schilling, Studienleitung für gesellschaftspolitische Jugendbildung

Eine große Mehrheit unserer Gesellschaft erkennt im Klimawandel eine der drängendsten Herausforderungen und sieht großen Handlungsbedarf. Gleichzeitig gibt es Divergenzen und Unzufriedenheiten im Blick auf die Frage, wie wir Klimaziele erreichen können. Dabei erleben wir eine emotional aufgeladene, pauschalisierende Mobilisierung gegen vermeintlich bevormundende oder einschränkende Maßnahmen der Bundesregierung. Und nicht zuletzt ist die Klimakrise für viele Menschen auch ein Thema, bei dem sie sich ohnmächtig fühlen angesichts der Komplexität und des globalen Ausmaßes des Klimawandels.

Die Besinnung auf den eigenen Konsum kann für jede und jeden ein gutes Mittel sein, um Wirksamkeit zu erleben und zumindest »etwas zu tun«: Wo kann ich Emissionen vermeiden, meinen ökologischen Fußabdruck verringern? Kann ich auf alternative Mobilitätsformen wie die Bahn oder Carsharing umsteigen, oder ist eine Flugreise unabdingbar? Als Konsument*innen haben wir zweifellos Gestaltungsmacht. Doch reichen diese Schritte nicht aus: Aufgrund der gesellschaftlichen Brisanz des Themas besteht einerseits die große Gefahr, dass dadurch moralisierende Diskussionen eines »besseren« oder »schlechteren« Beitragenden zum Klimawandel verschärft werden. Und wir könnten aus dem Blick verlieren, dass in der Frage des nachhaltigen Umbaus unserer Gesellschaft auch die strukturellen Ebenen der Infrastruktur und der Rahmenbedingungen, unter denen wir produzieren und konsumieren, zentral sind.

Wie können Spielregeln, die unsere Lebensbedingungen prägen, verändert werden? Nachhaltigkeit ist eine Frage des Wirtschaftens, die nicht nur die Ebene des Konsums, sondern auch der Produktionsweise umfasst. Wie können wir eine »Wirtschaft im Dienste der Menschen« gestalten? Welche Ressourcen sollten als Gemeingüter verhandelt und genutzt werden, und welches Potenzial hat dies für eine nachhaltige Lebensweise? Einen Weg hin zu einer Veränderung der strukturellen Bedingungen, in denen wir arbeiten und leben, hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit ihrer 2020 veröffentlichten [Klimaschutzrichtlinie](#) begonnen: Gemeindehäuser sollen bis 2024 klimaneutral umgebaut werden. Welche weiteren Ideen und Zukunftsvisionen, aber auch Streitthemen können in Gemeindekontexten zur Spra-

che kommen – ausgehend von einer Perspektive des Evangeliums, in dem das Leitbild Gerechtigkeit und die Hoffnung auf einen »neuen Himmel und eine neue Erde« tragend sind?

1. Niemanden zurücklassen

Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen

Gewohnte Pfade und Denkmuster zu verlassen, ist schwierig und braucht Mut. Mut, auf Gott zu vertrauen und in den Widerspruch zu gehen, zum Beispiel zu Mehrheitsmeinungen oder eingefahrenen Vorstellungen nach dem Motto: »So war es schon immer und so muss es auch immer sein«. Zu diesem Mut ruft Petrus in der Apostelgeschichte auf: »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« ([Apg.5, 29](#)).

Außerdem gilt: Für die Skizzierung des Wegs hin zu einer nachhaltigeren und gerechteren Welt können wir uns nicht auf eine Perspektive beschränken. Die Berücksichtigung des Umstands, dass wir aus unterschiedlichen Lebensumständen kommen, kann eine Grundlage sein, um in Gespräche mit Mitmenschen zu gehen. Es ist wichtig, denjenigen zuzuhören und mit ihnen eine gangbare Zukunftsvision zu entwickeln, für die viel auf dem Spiel steht: Sei es, weil Jobperspektiven wegfallen, Kosten entstehen, für die kein finanzielles Polster vorhanden ist, oder andere Ängste den Blick auf Chancen versperren.

Wie kann die sozial-ökologische Transformation gerecht gestaltet werden? Das ist die Kernfrage, die es zu diskutieren gilt. Dazu gehört, die gesellschaftlichen Verhältnisse mit in den Blick zu nehmen und genau hinzuschauen, wo Klimaveränderungen soziale Ungleichheiten verstärken. Es lohnt sich, Diskussionen in Gemeinden und anderen Kontexten auf ein Ringen um Lösungsmöglichkeiten zu lenken: Wie können Hauptverursacher*innen von Emissionen ihre Verantwortlichkeiten erkennen und gewohnte Pfade verlernen? Welche Regeln sind hier notwendig? Welche Perspektiven gibt es, um Menschen Zukunftsängste zu nehmen? Dazu gehört auch ein Nachdenken über die Gestaltung von Solidarität(spolitiken).

Auch auf zwischenmenschlicher Ebene kann in Gesprächen und Gottesdiensten die Erinnerung daran, dass wir aufeinander und auf die Gnade

Gottes angewiesen sind, lebendig gehalten werden. Fürsorge ist der Ausgangspunkt für Freiheit. Freiheit, die nicht ohne die Verantwortung füreinander und die Welt gedacht und gelebt werden kann.

Der Maßstab für all dieses Reden und Handeln kann besagter Satz aus der Apostelgeschichte sein: »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.« Zum einen geht es darum, Bilder der Hoffnung aus dem Evangelium zu gewinnen. Zum anderen ist danach zu fragen, wie uns diese Bilder der Hoffnung zum Handeln inspirieren und unsere Entscheidungen beeinflussen. Dabei geht es auch darum, eigene Ängste zu identifizieren, sich ihnen zu stellen und sie zu überwinden. Die Apostel vor dem Gericht mussten sich entscheiden: Wähle ich den Weg der Anpassung und des geringsten Widerstandes – oder stehe ich zu dem, was ich als richtig erkannt habe? In unserer Situation geht es dabei selten um Leben und Tod, sondern um den Mut, zu formulieren, Kritik zu hören und auf sie zu antworten, Wege zu finden und zu gehen, in denen wir die Verantwortung vor Gott umgesetzt finden.

2. Die sozial-ökologische Transformation als politisches Handlungsfeld

Wir warten aber auf einen neuen Himmel und eine neue Erde nach seiner Verheißung, in denen Gerechtigkeit wohnt.

Das Warten auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, wie sie in der Bibel beschrieben sind (Jesaja 65,17; Offenbarung 21,1), ist ein hoffnungsvolles – und ein Warten, das Ungewissheit und Chaos aushält: Die Transformation kann nicht am Reißbrett geplant werden. Vielmehr braucht es einen Aufbruch ins Ungewisse und vielleicht auch erst einmal: ins Unangenehme.

Wir müssen Widersprüche aushalten und Komfortzonen verlassen. Die Verheißung in Jesaja auf einen neuen Himmel und auf eine neue Erde kommt inmitten von Zerstörung und Vergehen. Es ist alles schon zu spät, könnten pessimistische Stimmen sagen. Doch: Jetzt erst recht anfangen, das ist die Botschaft, die in Jesajas Verheißung/Johannes Offenbarung steckt. Das Engagement für eine nachhaltige Welt wird getragen von der Zuversicht, etwas bewirken zu können.

Das geschieht nicht im Alleingang, sondern mit anderen. Vor Kurzem hat der Internationale Menschenrechtsgerichtshof das Grundrecht auf Schutz vor Folgen des Klimawandels bekräftigt. Um die-

ses Recht geltend machen zu können, müssen sich Betroffene zusammentun. Beispiele aus aller Welt zeigen solche Kraft von Bündnissen und gemeinsamem Handeln (buen vivir, fridays for future). Die Kontroversen, die sich um das »richtige Tun« in unserer Gesellschaft und Politik entfalten, können um eine neue Perspektive ergänzt werden: dem politischen Tun, dem gemeinsamen Handeln für eine neue Welt, in der alle Menschen und die gesamte Schöpfung Gottes Platz haben. Politisches Handeln ist gemeinschaftlich. Es ringt um die Rahmenbedingungen und Regeln eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders.

Vielleicht lohnt es, einmal die Methode des »Handabdrucks« mit anderen auszuprobieren. Der Handabdruck ist ein Bildungstool für transformatives Lernen, das von germanwatch entwickelt wurde, als Kontrast zum Fußabdruck, der den individuellen Konsum zentral stellt. Sich mit dem eigenen Handabdruck auseinanderzusetzen, regt zu neuen Ideen für die eigene Selbstwirksamkeit an. Wo engagiere ich mich, für welche politischen Lösungen möchte ich mich einsetzen? Für Gesprächsrunden genutzt eröffnet die Methode ein konstruktives Nachdenken über die Gestaltung von Zukunft als Gesellschaft, statt in moralisierenden und individualisierenden Perspektiven stecken zu bleiben. Das macht hoffnungsvoll.

Das Bild des neuen Himmels und der neuen Erde ist ein Bild der Verheißung, die wir nicht selbst herstellen können, aber an der wir uns orientieren und auf die wir zuleben können. Sie motiviert uns zur Tat und zum aufrechten Gang, entlastet uns aber vom Druck des Erfolges. Jede Veränderung braucht die Hoffnung, dass der Weg zum Besseren möglich ist und die Freiheit, mitten auf dem Weg innezuhalten und die Richtung zu wechseln.

Weiterführend zum Thema:


- [Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung](#). Gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz von 1985.
- [Auf dem Weg zur sozial-ökologischen Transformation](#). Geschichten des Gelingens zur Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung in Kirche und Diakonie (EKD-Publikation von 2021).
- [Politische Jugendbildung für die sozial-ökologische Transformation](#). Positionspapier der

Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss Politische Bildung, veröffentlicht 2023.

- [Logbuch Handabdruck](#) von Germanwatch e.V., veröffentlicht 2024.
- [Transformation gestalten lernen](#). Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern. Hintergrundpapier von Marie Heitfeld und Alexander Reif für Germanwatch e.V. (Hrsg.), 2020.

■ Mathew T. Huber, *Climate Change as Class War: Building Socialism on a Warming Planet*, Verso Books, London 2022.

■ [Gemeinsam seid ihr stark](#). Wolfgang Janisch (Süddeutsche Zeitung) über Urteile des Europäischen Menschengerichtshofs zu mehreren Klimaklagen, 9. April 2024.

■ Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser, *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2024. 

Migration und Flucht als Pulsgeber demokratischer Gemeinschaft

Dr. Max Oliver Schmidt, Studienleitung für Migration und Europa

Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst, ich bin der HERR. (Levitikus 19,18)

Gesellschaftlich und politisch ist Migration derzeit eines der am meisten umstrittenen Themen. Es beherrscht die aktuellen Wahlkämpfe. Obwohl Migration eine historische Konstante ist, stellt sie Gesellschaften vor Herausforderungen. Etablierte Vorstellungen von Zugehörigkeit werden irritiert, Weltbilder hinterfragt. Das führt regelmäßig zu Kritik und Konflikten: Können wir mehr Menschen aufnehmen? Müssen wir das wirklich? Passen wir zusammen? Ganz praktisch: Wo können die Menschen, die ohne Hab und Gut zu uns kommen, untergebracht werden? Wie können wir inklusiv sein? Und: Wollen wir das überhaupt?

Einerseits gehört die Arbeit mit Geflüchteten zum Kern christlichen Selbstverständnisses. Viele Gemeinden engagieren sich mit ihnen und für sie, Kollekten werden für Geflüchtete gesammelt, es gibt eine Kirchenasylbewegung. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist mit den Seenotrettungsschiffen der Initiativen Sea-Watch und United4Rescue direkt im Mittelmeerraum präsent. Andererseits gibt es auch in kirchlichen Gemeinden kontroverse Debatten um die Aufnahme von Flüchtlingen – bisweilen herrscht ein Gefühl der Überforderung.

In der aufgeregten Debattenlage ist es sinnvoll, zunächst einmal deutlich zu machen, worum es geht. Denn es gibt ja ganz unterschiedliche Gründe, warum Menschen ihr Land verlassen:

Menschen kommen zu uns aufgrund von Kriegen, Hungersnot, Armut oder politischer Verfolgung. Ihre Herkunftsländer bieten keinen Schutz mehr für Leib und Leben. Seien es Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen mussten, die Russlanddeutschen, die nach 1990 nach Deutschland kamen, seien es Syrer*innen, die vor Bürgerkrieg und Diktatur in ihrem Land flohen, Afghan*innen, die Schutz vor den Taliban suchen, Kurd*innen, die politisch in der Türkei verfolgt werden, Eritreer*innen, die vor der Diktatur fliehen.

Migration kann aber auch freiwillige Mobilität sein. Deutsche sind massenhaft in die USA ausgewandert. Nach 1945 sind viele Menschen aus Italien oder der Türkei nach Deutschland ge-

kommen und haben geholfen, ein von Diktatur und Krieg zerrüttetes Land neu aufzubauen. Die Arbeitsmigration der 1960er und 1970er Jahre wie auch die Fluchtmigration der 1990er und 2010er Jahre haben dazu beigetragen, dass das Land und die Menschen in Wohlstand leben konnten.

Mit ihrem Handeln und ihrer Innovationskraft sind Migrant*innen sinngemäß für die europäische Gemeinschaft. Neben neuen Arbeitsmöglichkeiten hat die Reise- und Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union zu kulturellem Austausch und zum Wachsen einer pluralistischen und diversen Gesellschaft geführt. Seit mehreren Jahrzehnten leben die EU-Bürger*innen trotz großer Herausforderungen in ihrer gesellschaftlichen Vielfalt friedlich miteinander.

Ein kirchlicher Beitrag zum Umgang mit Migration

In einer vielfältigen Gesellschaft stehen wir neben- und miteinander mit gleicher Würde und gleichen Menschenrechten. Gleichzeitig müssen die Ängste aller wahrgenommen werden. Doch Angst sollte nicht handlungsleitend werden.

Ein kirchlicher Beitrag in dieser Situation könnte sein, Räume zu öffnen, zuzuhören, unbegründete Ängste zu nehmen. Es lohnt, die mutigen Stimmen zu hören, die mit der Aufnahme von Geflüchteten und Migrant*innen in unserer Mitte in gemeinsamer Kraftanstrengung eine florierende Gemeinschaft aufgebaut haben. Es lohnt wahrzunehmen, dass unsere Wirtschaft ohne Migration nicht weiter gedeihen können wird. Es lohnt, ins Gespräch zu gehen. Und es lohnt immer, die Schwächsten im Blick zu behalten. Am Umgang mit ihnen beweist sich eine Demokratie.

Welchen Resonanzraum eröffnen uns biblische Geschichten? Eine Botschaft ist klar: Weil alle Menschen Gottes Ebenbilder sind, muss die Bewahrung der Menschenwürde von Geflüchteten im Zentrum aller Überlegungen stehen. Auch ist Nächstenliebe zentraler Bestandteil christlicher Ethik. Aber wie verstehen wir diesen Auftrag der Nächstenliebe? Wie weit reicht sie? Endet sie bei einer Menschengruppe?

Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, von allen deinen


Kräften und von ganzem Gemüt, und deinen Nächsten wie dich selbst. (Lukas 10,27)

In Lukas 10,29 greift Jesus die eingangs genannte Passage aus der Tora auf und wird sogleich mit der Frage konfrontiert »Wer ist denn mein Nächster?« Jesus antwortet hierauf mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter. Er schließt mit der Frage, wer in der Erzählung dem betroffenen Menschen der Nächste sei, woraufhin sein Gegenüber ihm antwortet »Der die Barmherzigkeit an ihm tat.« Jesus erwidert: »So geh hin und tu desgleichen!«

Das Gleichnis lässt binäre Weltansichten von »uns« und »denen« ins Leere laufen. Die Erzählung gibt keine Antwort auf die Frage »Wer ist mein Nächster?«. Sie arbeitet sich nicht daran ab, das Gegenüber zu definieren. Stattdessen wandelt Jesus die Frage um, indem er fokussiert, was es bedeutet, einem anderen Menschen der Nächste zu sein: dass uns nicht die Frage beschäftigen sollte, welcher Mensch mit welchen Qualitäten und Voraussetzungen zu unseren Nächsten gehört. Vielmehr bestimmen allein unser Verhalten und die Barmherzigkeit, die wir zeigen, wem wir die Nächsten sind.

Niemals war (Flucht-) Migration ohne Konfliktpotenzial. Die biblischen Texte sind über weite Teile Migrationsliteratur und die Fluchterfahrung des Volkes Israel hat sich tief in Gottesvorstellungen eingegraben. Gerade deswegen sollten wir Migration in unserem Handeln mitdenken. Migration ist die *paradoxe Intervention* für Gemeinschaft, indem sie uns weiter irritieren wird. Sie wird zu Reflexion anregen, und gleichzeitig können wir im Dialog diese Irritation auflösen und neue Situationen entstehen lassen. Migration ist Ausdruck des Werdens.

Weiterführend zum Thema:

- [Migration menschenwürdig gestalten](#). Gemeinsames Wort der christlichen Kirchen zur Migration (veröffentlicht 2021)
- [Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration](#) aus evangelischer Sicht, veröffentlicht von der EKD (Neuaufgabe 2023) 

Wohin gehören wir? Identität, Nationalität und Glaube

Heinz-Joachim Lohmann, stellvertretender Direktor der Ev. Akademie zu Berlin

Ein jedes Volk wandelt im Namen seines Gottes, aber wir wandeln im Namen des Herrn, unseres Gottes, immer und ewiglich! (Micha 4,5)

Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus. (Galater 3,28)

Vorstellungen von nationaler Geschlossenheit und Volksgemeinschaft aus Abstammung betreten gerade wieder lautstark die politische Arena. Die AfD und ihr politisches Umfeld fordern Massenausweisungen unter dem Begriff der »Remigration«. Deshalb ist es nötig, im Vorfeld der kommenden Wahlen über unser Verhältnis zu Nation und Volk nachzudenken. Als Christinnen und Christen tun wir dies auf dem Hintergrund biblischer Bilder und Visionen.

In der Vision des Propheten Micha treffen sich die Völker am Berg Gottes. Jedes Volk behält seine eigene Identität. Trotzdem entdecken alle etwas Gemeinsames, das sie zusammenleben und ihre Schwerter in Pflugscharen verwandeln lässt. Wenn wir heute darüber nachdenken, was in der Bibel mit *Volk* gemeint ist, tun wir dies in der Regel im Konzept der Nation als einem Raum, in dem Menschen gemeinsam leben, sich eine Regierungsform gegeben haben und ihre gesellschaftlichen Vorstellungen umsetzen. Die Idee der Europäischen Gemeinschaft ruht auf verschiedenen nationalen Identitäten und demokratischen Konstruktionen, die von gemeinsamen Wurzeln, Werten und Visionen ausgehen. Zu ihnen gehören Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Mitglieder der heutigen Europäischen Union wollen gemeinsam ihre Zukunft gestalten, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben.

Ist es für mich wichtig, zu Europa zu gehören?

Welche Wurzeln, Visionen und Werte teilen wir in der Europäischen Union und darüber hinaus?

Paulus wendet sich gegen eine Idee von Volk und Gesellschaft, in denen Rechte nach Geburt und Herkunft verteilt werden. In Christus entsteht eine neue Identität innerhalb der Gemeinde, die alles Vorhergehende überwindet. Auf unsere moderne Welt hin gedacht, gestalten Menschen, die in einem Staat zusammen leben, gemeinsam ihre

Geschicke. Nationalität in diesem Sinne ergibt sich nicht aus Tradition, sondern daraus, dass Menschen gemeinsam einen politischen Raum verantworten und Ideen teilen.

Was ist für mich Zugehörigkeit und Heimat?

Ist Unterschiedlichkeit Stärke oder Bedrohung?

In Europa etablieren sich derzeit Bewegungen, die je Land ein gedachtes einheitliches Volk mit einer nationalen Identität ins Zentrum stellen. Die Volksgemeinschaft im Staatsgebiet wird mit Ausschlussphantasien belegt; andere Nationen werden abgewertet, andere Herkunft als minderwertig bezeichnet. Die behauptete Überlegenheit gründet sich auf eine bestimmte Interpretation der christlich-abendländischen Tradition: Sie speist sich aus einem Verständnis, in dem griechische Philosophie und ein im antiken Athen entwickeltes Politikverständnis mit Vorstellungen von christlicher Erwählung und einem geeinten Reich verbunden werden.

In der Bibel hingegen entdecken wir, dass Paulus die Bedeutung von Nationalität deaktiviert – und die von Geschlecht und gesellschaftlichen Status gleich mit. Glaube an Jesus Christus bedeutet Überschreitung von Grenzen und Aufbruch in neue Verhältnisse. Die Apostelinnen und Apostel kehren zwischen Ostern und Pfingsten nicht in den Schutzraum ihrer alten Gemeinschaft zurück, sondern lassen sich von einer Kraft leiten, die Sprach- und Verständnisgrenzen sprengt und ins Weite führt.

Fällt es mir leicht, die biblische Offenheit anzunehmen?

Die Erfahrung der christlichen Urgemeinde nach Pfingsten ist: Vielfalt macht stark. Die Apostelinnen und Apostel sprengen die Grenzen ihrer Angst, ihrer Sprache, ihrer Herkunft und brechen auf ins Weite. In ihrer Geschichte haben die christlichen Kirchen häufig die grenzüberschreitende Botschaft ignoriert, das völkerverbindende Evangelium in nationale Hierarchien umgemünzt und Gott als einen Gott beschrieben, der die Sieger und Erfolgreichen erwählt. Das steht ganz im Gegensatz zur jüdischen Tradition, in der Erwählung ein anspruchsvolles Geschehen ist, das die Erwählten keineswegs heraushebt, sondern unter

teilweise komplizierte Ansprüche stellt, die oft nicht leicht erfüllbar sind. Das erwählte Volk bewegt sich nicht in einem Überlegenheitsgeschehen, sondern innerhalb einer anspruchsvollen Auseinandersetzung im Gottesbund.

Zu unserem Lernprozess als evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Fall des Eisernen Vorhangs gehört die Besinnung auf die menschen- und völkerverbindende Botschaft der Propheten und des Evangeliums.

Nationalismus gehört zum Reich der Finsternis. In der Spannung zwischen Homogenität und Weltoffenheit gilt es an einem Raum zu arbeiten, in dem verschiedene Identitäten nicht zu Konflikt führen, sondern sich ergänzen.

Wo stehen wir als Kirche heute?

Worauf bauen wir?

Was sind unsere Grundüberzeugungen?



Rassismus – ein Thema in der Kirche?

Kristina Herbst und Nina Schmidt, Projektleitung »DisKursLab – Labor für antisemitismus- und rassismuskritische Bildung & Praxis«

Warum stammen alle Menschen von Adam und Eva ab? Damit sich Keine*r über Andere erhebe. So lautet eine jüdische Auslegung der Schöpfungsgeschichte. Diese so wunderbare und einfache Wahrheit lebt sich durch alle Zeiten hindurch schwer. Mit erfundenen Abstammungsorten wurden Menschen unterschiedliche Wertigkeiten zugeschrieben.

Rassismus trennt und unterscheidet. Rassismus entwertet und bedroht, verunsichert und tötet. In Deutschland erleben aktuellen Studien zufolge etwa 20 bis 30 Prozent aller Menschen in ihrem Alltag Rassismus; von den befragten Schwarzen Menschen sind es 54 Prozent. Muslim*innen, Sinti und Roma sowie weitere von Rassismus Betroffene berichten darüber hinaus von regelmäßigen Rassismuserfahrungen bei Behörden, im Kontakt mit der Polizei sowie in der Gesundheitsversorgung.

Rassismus ist die Unterscheidung und Abwertung von Menschen auf Grund verschiedener, auch zugeschriebener Merkmale wie Hautton, Name, Sprache, Herkunft und vieler weiterer Eigenschaften. In zahlreichen Praxisfeldern im Kontext von Diakonie und Kirche wird seit Jahrzehnten viel bewegt in der Bekämpfung von Rassismus: das Engagement für Geflohene in Gemeinden, die internationale Ökumene, Begegnungsformate, Asyl in der Kirche und vieles mehr. Dieses Engagement ist wertvoll in Zeiten öffentlicher und gesellschaftlicher Debatten um Rassismus und Migration, die mitunter nicht nach Lösungen suchend, sondern menschenverachtend geführt werden.

Theologische Leitbilder gesucht

Für einen kirchlichen Beitrag zu diesen Debatten braucht es auch einen Blick nach innen und ein Suchen nach theologischen, christlichen Leitbildern und Erzählungen zum Umgang mit Rassismus in unserer Gesellschaft. Die meisten Christ*innen haben eine entschiedene Haltung zu Rassismus: *Bei uns nicht!* Diese Entschiedenheit greift häufig zu kurz, weil sie den genauen und selbstkritischen Blick auf das Eigene nicht zulässt und dadurch eine Auseinandersetzung mit individueller und kirchlicher Verantwortung für rassistisches Wirken versperrt.

Rassistische Vorurteile und Strukturen gibt es auch in der Kirche, und sie sind weder individuell noch institutionell leicht zu erkennen. Rassismus ist nicht immer beabsichtigt und passiert häufig unbewusst – doch die Wirkung bei Betroffenen ist davon unabhängig. Rassismus betrifft uns als Kirche, auch wenn die überwiegende Mehrheit ihrer Mitglieder nicht negativ von Rassismus betroffen ist.

Vor diesem Hintergrund und aus dieser Perspektive sind die folgenden Fragen wichtig:

- Wie gestalten wir eine Gegenwart, die ohne rassistische Bilder auskommt: in Kirchenliedern, in Kinderbüchern, auf Werbeplakaten und so weiter?
- Wie sind wir als Kirche ein Ort für alle Menschen in unserer postmigrantischen, d.h. durch die Erfahrung von Migration geprägten Gesellschaft? Sind wir willkommen heißend, einladend, inklusiv? Merken wir, wenn wir es nicht sind?
- Wie ist Kirche prophetische und solidarische Stimme in gesellschaftliche und politische Diskurse hinein für diejenigen und mit denen, die täglich von Rassismus betroffen sind?

»Lasset uns Menschen machen, ein Bild das uns gleich sei« (Genesis 1,26)

Was ist der Mensch? Der Mensch ist ein Ebenbild Gottes, jede*r einzelne einzigartig und gleich an Würde und Wert. Rassismus unterscheidet Menschen in ihrem Wert und ihrer Würde in eine Mehr-oder-weniger-Logik. Rassismus verletzt und beschädigt alle als von Gott mit Würde begabte Menschen. Rassismus betrifft uns also alle – diejenigen, die Rassismus negativ und gewaltförmig erfahren und diejenigen, die von Rassismus profitieren.

»Vor Gott sind alle Menschen gleich« – wie können wir dieses biblische Fundament als Orientierung leben, ohne zu ignorieren, dass viele Menschen auch in der Kirche diese Gleichheit nicht erleben?

Was bedeutet diese Spannung für ein kirchliches Leben und für die Theologie, und wie lässt sie

sich produktiv gestalten? Wie sehen Orte, Gemeinden, Angebote aus, die diese Spannung als Einladung und spirituelle und politische Kraftquelle formulieren?

»Da ist nicht Jude noch Grieche, noch Sklave und Herr, nicht männlich noch weiblich in Jesus Christus.« (Galater 3,28)

Paulus' Vision ist eine gleichberechtigte Vielfalt in christlichen Gemeinden. Reale Machtkonflikte sowie Positionen, Privilegien und Ungerechtigkeiten, die durch wirtschaftliche, rechtliche oder gesellschaftliche Ungleichheiten entstanden sind, werden hierdurch nicht verschwiegen oder in ihrer lebenspraktischen Relevanz ausgelöscht. Vielmehr sollen sie in der Gemeinde in Christus keine Rolle spielen, nicht reproduziert werden.


Ohne Angst verschieden sein – wie kann das gehen? Wie gelingt es, die Vielfalt von Biografien, Positionen und Erfahrungen ernst zu nehmen und wertzuschätzen statt sie gegeneinander, abwägend und abwertend anzufragen oder auszuspielen? Wie lässt sich das in der Predigt, im Gespräch, in der Gemeinde verwirklichen, ohne Unterschiede zu glätten und verwässern zu wollen?

Biblich und historisch ist Migration die Mutter aller Entwicklung – das gilt für die deutsche wie für die Weltgeschichte. Wie können wir diese Perspektive stärken und eine Auseinandersetzung um Migration führen, die Herausforderungen und

Konflikte nicht verschweigt, die aber Rassismus, Ausgrenzung und Defizitorientierung nicht wiederholt?

Als Kirche, als Christ*innen wollen wir uns für die Gerechtigkeit unserer Gesellschaft und für die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen einsetzen. Dazu gehört ebenso, zuzuhören und Ambivalenzen auszuhalten wie zu streiten und Fragen zu stellen. Dabei werden wir Fehler machen, aber wir wollen mit Hoffnung unterwegs sein.

Vertiefend zum Thema:

- Digitaler [VerLernKurs](#) mit rassismuskritischen Impulsen für die kirchliche Bildung und Praxis, zusammengestellt vom *DisKursLab* der Evangelischen Akademie zu Berlin. Der Kurs eignet sich zum Selbststudium, beinhaltet vielfältiges Material zur (religions-) pädagogischen Nutzung und ist auch zum gemeinsamen Bearbeiten in Gruppen einsetzbar.
- Auf dem Blog [Rassismus und Kirche](#) der Vereinten Evangelischen Mission finden Sie Artikel, Material und Veranstaltungshinweise zum Themenfeld.
- Auf der Seite des [Netzwerks antisemitismus- und rassismuskritische Religionspädagogik und Theologie](#) sind Veranstaltungshinweise sowie ein umfangreicher Katalog mit Fachtexten und Materialien zu finden. 

Christliche Verantwortung für Antisemitismus

Dr. Christian Staffa, Studienleitung für Demokratische Kultur und Kirche, und Kristina Herbst, Projektleitung »DisKursLab – Labor für antisemitismus- und rassismuskritische Bildung & Praxis«

Kaum ein Christenmensch versteht sich heute normalerweise dezidiert und offen als antijüdisch oder antisemitisch. Dennoch kommen bestimmte antijüdische oder antisemitische Bilder besonders in Krisenzeiten in Form von Verschwörungserzählungen an die Oberfläche. In diesen Erzählungen sind stets deutlich antisemitische Motive zu finden, die »den Juden« Geldgier, Verrat, Verschwörung und Macht bzw. Kontrolle zuschreiben.

Solche Zuschreibungen sind leider von der christlichen Tradition geprägt. Dieses Erbe wird von säkularer Seite zu wenig wahrgenommen und von christlicher Seite unzureichend selbstreflexiv bearbeitet. Selbstreflexion aber wäre wichtig, um zu ergründen, wann und wozu wir ein so eindeutiges Negativbild als Gegenüber brauchen – ob alt gegen neu, Gesetz gegen Gnade, Rache gegen Liebe oder Fleisch gegen Geist.

Vereinfachende Dualisierungen dieser Art tauchen in verschiedenen Spielarten und Erscheinungsformen des Antisemitismus auf: in rechts-extremen Ideologien, in globalen Verschwörungsmysmen, in islamistischen wie auch in manchen linken antikapitalistischen Denkmustern. Diese vereinfachte Weltansicht, dieses Gegeneinanderstellen eines phantasierten eigenen Guten mit einem ebenso phantasierten negativen Gegenüber, ist ein Wesenszug des Antisemitismus. Nicht erst seit dem terroristischen Großangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, aber seitdem besonders sichtbar bezieht es sich in neuer, beängstigender Weise auch auf Israel.

Die Kirchen tragen bei diesem Thema eine besondere Verantwortung, weil so viele antisemitische Klischees aus der kirchlichen Tradition stammen – und weil der häufige Verweis auf »den Islam« nicht selten das eigene antijüdische Ressentiment verdeckt.

Wahrhaftig, ich sage euch: Bevor Himmel und Erde vergehen, wird von der Tora nicht der kleinste Buchstabe und kein einziges Häkchen vergehen, bis alles getan wird. (Matthäus 5,18)

Dieser Satz von Jesus aus dem Matthäusevangelium ist in der Kirchen- und Theologiege-

schichte – insbesondere im Protestantismus – leider gewaltförmig in sein Gegenteil verkehrt worden. Gesetzesfeindschaft und damit Judenfeindschaft sind so zu einem Fundament christlichen Glaubens geworden. Nicht zuletzt bildete dieses Fundament eine der Grundlagen für die nationalsozialistische Vernichtungspolitik und das weitgehende Fehlen eines kirchlichen Widerstands während der NS-Herrschaft.

Die kirchlichen Positionierungen nach 1945 haben zwar erkannt, dass dies eine fehlerhafte Interpretation biblischer Texte ist. Trotzdem leben antijüdische Bilder in Predigten, religionspädagogischen Kontexten und christlichen Glaubenserzählungen fort und bleiben auch in säkularen antisemitischen Stereotypen wirksam.

Denn das ganze Gesetz ist in dem einen Wort erfüllt: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!« (Galater 5,14)

Viele kirchliche Stellungnahmen machen sehr deutlich, dass Antisemitismus als Sünde zu verstehen ist. Denn das Angewiesensein auf ein Negativbild des Jüdischen, um den eigenen Glauben zu stärken, verweist auf ein mangelndes Vertrauen auf Gottes Verheißung an Israel und die Völker. Sünde verlangt Umkehr, und Umkehr braucht Nachdenken über sich selbst. Diese Selbstreflexion zeigt auf, dass Antisemitismus maßgeblich der Selbstidealisierung oder -stabilisierung dient. Das wird zum Beispiel in der immer noch wirksamen Gegenüberstellung sichtbar, wir (Christinnen und Christen) hätten die Gnade, sie (Jüdinnen und Juden) dagegen »nur« das Gesetz. Dabei ist das ganze Alte Testament voll des Gnadenshandelns Gottes.

Eine christliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus bedeutet deshalb auch, die folgenden Fragen zu stellen:

- Wie kann eine christliche Identitätsbildung in Predigten und kirchlicher Bildungsarbeit gelingen, die ohne das Judentum als negatives Gegenbild auskommt?
- Stärken wir wirklich unseren Glauben, indem wir uns von vermeintlich gegensätzlichen Bildern

abgrenzen, darunter Gnade anstatt Gesetz, Liebe anstatt Rache, Neu gegen Alt?

- Wie werden Judas, Hohepriester, Pharisäer in unseren Erzählungen und Bildern dargestellt?
- Wie positionieren wir uns, wenn uns im Alltag antisemitische Dualisierungen begegnen? Beispiele dafür sind Aussagen wie »Israel ist auch nicht anders als der Nationalsozialismus«, Vorurteile gegen jüdische Orthodoxe oder versteckte Andeutungen (Codes) über »reiche Juden, die die Finanzwelt kontrollieren«.

Eine Auseinandersetzung mit diesen Fragen in Gemeinden und kirchlichen Bildungskontexten, in Familien und im Freundeskreis birgt die Chance zu entdecken, dass die Dynamik christlich geprägter antisemitischer Klischees nicht unausweichlich ist. Vielmehr gibt es sehr wertschätzende biblisch-theologische Bilder jüdisch-christlicher Beziehungsmöglichkeiten, die auch in der Gesellschaft insgesamt wirksam werden können.

Sie sind Israelitinnen und Israeliten, denen die Gotteskindschaft zu eigen ist, die göttliche Gegenwart, der Bund und die Gabe der Tora, der Gottesdienst und die göttlichen Verheißungen.
(Römer 9,4)

Zentral für die christliche Beziehung zum Judentum ist, dass gerade Paulus, dem in der Tradition so häufig ein abwertendes Verhältnis zum Judentum nachgesagt wurde, die bleibende Erwählung Israels betont. Denn sie ist Gottes Wahl.

Die frühe Kirche und von da an viele theologische Äußerungen haben diese Erwählung immer als Kränkung erlebt, sie Israel abgesprochen und sich selbst als Krone aufgesetzt. Das tradierte Argument lief darauf hinaus, im Christentum hätten


sich die Verheißungen erfüllt; damit sei das Judentum überflüssig geworden oder gar mit Gewalt zu bekämpfen. Von diesem Irrweg umzukehren, eröffnet eine völlig andere Perspektive: Die christliche Geschichte ist mit dem Judentum und dem Volk Israel unlöslich verbunden, denn Jesus war Jude.

Auch daraus ergeben sich Fragen:

- Wie ist vor dem Hintergrund der biblischen Landverheißung und Erwählung vom heutigen Israel zu sprechen?
- Wo und wie stellen wir – vielleicht unbewusst – Gottes Entscheidung in Frage, das Volk Israel zu erwählen?
- Wie können wir über den Nahen Osten, den 7. Oktober und den Krieg im Gazastreifen diskutieren, ohne antisemitische Bilder von Israel und »den Juden« zu reproduzieren?

Die hier skizzierten Problemfelder, Glaubensüberzeugungen und Fragen lösen nicht alle Probleme in diesem Themenfeld und werden neue Fragen entstehen lassen. Vielleicht können sie aber christlich-selbstkritische und hoffnungsvolle gesellschaftliche Debatten anstoßen.

Weiterführend zum Thema:

- Broschüre [Störung hat Vorrang](#) zu christlicher Antisemitismuskritik als religionspädagogischer Praxis: www.eaberlin.de/stoerung-hat-vorrang/
- Broschüre [Antisemitismus und Protestantismus. Impulse zur Selbstreflexion](#) (Evangelische Akademien in Deutschland)
- epd-Dokumentation Nr. 37/2023, [Christliche Signatur des zeitgenössischen Antisemitismus](#) 

Demokratie wehrt sich – Die extreme Rechte in Brandenburg und Thüringen / Podiumsdiskussion

mit Stephan J. Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz, Thüringen, und Jörg Müller, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales, Brandenburg

Zusammenfassung einer Podiumsdiskussion auf dem Kongress »Demokratie ist ein Marathon – Über den Umgang mit rechten Parteien im Osten Deutschlands« am 19. April 2024 in Halle (Saale)

Die politische Landschaft in Brandenburg und Thüringen zeigt eine zunehmende Präsenz der und zur Zustimmung AfD. Die Podiumsdiskussion mit Stephan J. Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz Thüringen sowie Jörg Müller, Leitung der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium Brandenburg, beleuchtet den Umgang mit politischen Strategien der AfD.

Stephan J. Kramer betont, dass der steigende Rechtsextremismus in Deutschland kein spezifisches Ost-West Problem ist. Vielmehr stellt Kramer das Problem des Rechtsextremismus als gesamtdeutsches Problem dar. Jörg Müller spricht sich klar für den Vorrang der Demokratie aus: »Nein, die AfD liegt nicht vorne, sondern die Demokratie liegt vorne. Die Demokratie ist stark genug, um diese Bedrohung zu bewältigen.«

Stephan Kramer und Jörg Müller greifen dabei beide einen oft gehörten Satz aus politischen Diskussionen auf: »Das wird man doch wohl noch sagen dürfen«. Stephan Kramer reflektiert die Aussage auf das Gefühl vieler Menschen, dass ihre Anliegen und Wünsche von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen und repräsentiert werden. Die AfD hat diese Einstellung aufgegriffen und knüpft mit spezifischen Strategien an, um ihre politische Basis zu stärken und zu erweitern.

Müller erklärt die Strategie der Präsenz der AfD. Die AfD stellt sich als Ohr der Menschen in Deutschland dar. Die demokratischen Parteien haben ihre Präsenz in der Breite ein bisschen verloren. Er findet, sie müssen stärker in ländliche Räume und in die Vororte gehen und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Und das ist eben genau der Unterschied. Die demokratischen Parteien sind nicht mehr ausreichend präsent und stellen sich zu wenig unbequemen Diskussionen.

Kramer erläutert, dass die Präsenz der AfD als aktives Aufgreifen des Unmutes und der Unzufriedenheit der Bevölkerung zu bestimmten Themen.

Kramer wirft auch einen Blick auf die Nutzung der AfD von sozialen Medien.

Durch gezielte Provokationen und die Öffnung kontroverser Themen auf Plattformen wie TikTok und Instagram zeigt die AfD eine hohe Präsenz und erzielt neben großer Aufmerksamkeit bei der jungen Generationen ansteigende Zustimmung intensive Diskussionen und Auseinandersetzungen ihren Positionen.

Durch Kombination aus lokaler Präsenz und weitreichenden Strategien auf Social Media-Plattformen gelingt es der AfD, bei den Bürger*innen das Gefühl zu erzeugen, dass sich ausschließlich die AfD mit ihren Anliegen auseinandersetzt. Kramer spricht hierbei von der Bedeutung des »Gesehen-und Gehört-Werdens« für Teile der Gesellschaft. Viele Menschen fühlen sich nicht ausreichend von den demokratischen Parteien wahrgenommen, weshalb Wählen von Extremen als einzige Strategie erscheint, um ihre Empörung und Frustration auszudrücken sowie Gehör zu finden.

Die AfD nutzt gesellschaftliche Spannungen, um die Wahrnehmung einer gespaltenen Gesellschaft bei den Bürger*innen hervorzuheben und zu verstärken, so deutlich Kramer und Müller. Durch die Einnahme der Opferrolle und die Betonung des Gegensatzes zwischen »den Politikern da oben« und den »normalen« Menschen da unten unterstützt die AfD gezielt das Gefühl der Teilung sowie Entfremdung der Gesellschaft von der Politik der demokratischen Parteien. Diese Strategie beabsichtigt das Vertrauen der Bürger*innen ausschließlich in die AfD als einzig wahre Vertretung des Volkes zu positionieren. Wenn sich AfD dann Probleme und das Klagen der unzufriedenen Bürger*innen anhört, kommt der Mythos von der Teilung der Gesellschaft in »die da oben und wir da unten« voll zum Tragen. Müller sagt: »Das Hervorrufen der Teilung passt auch in jede politische Situation. Es spielt keine Rolle, ob es um

Migration oder andere Themen geht. Die Strategie ist, überall andocken zu können, wo es Kritik gibt«.

Die Nutzung positiv besetzter Begriffe wie Tradition, Heimat und Identität stärkt dabei die Botschaften der AfD und schafft Anknüpfungspunkte bei Bürger*innen. Durch das Versprechen die genannten Begriffe in der Politik zu fördern und umzusetzen, sprechen sie viele Menschen an, die sich vor gesellschaftlichen Veränderungen und der Globalisierung bedroht oder verängstigt fühlen. Müller spricht warnend, dass die AfD uns diese positiv besetzten Begriffe wegnimmt und die demokratischen Parteien sich diese wegnehmen lassen.

Ein weiterer Aspekt ist die Wichtigkeit der emotionalen Ansprache der Menschen. Die AfD nutzt Ängste, Sorgen, Emotionen der Bürger*innen zur Mobilisierung. Durch gezielte Thematisierung emotionaler, kontroverser Themen gelingt es der AfD, eine Bindung zu den Wähler*innen aufzubauen und Zustimmung zu gewinnen. Die Taktik der Emotionalisierung ermöglicht es der AfD, ihre Präsenz in der politischen Landschaft zu festigen.

Stephan J. Kramer weist auf einen signifikanten Anteil von Mitgliedern der AfD hin, welche stark rechtsextreme Ideologien vertreten und kaum für eine demokratische und tolerante Gesellschaft zurückgewonnen werden können. Doch betont Kramer auch, dass ein Kern von Mitgliedern der AfD, die aus Frustration, Angst oder Unzufriedenheit zur AfD gefunden haben, aber keine gefestigten rechtsextremen Überzeugungen entsprechen, ein großes Potenzial darstellen, um für die Demokratie zurückgewonnen zu werden, indem ihre Sorgen und Frustration wahr- und ernstgenommen werden.

Zuletzt spricht Stephan Kramer vom Bedarf einer zweigleisigen Strategie, um Menschen zu erreichen. Einerseits ist es von großer Bedeutung die Rhetorik und Strategien der Propaganda der AfD zu entschlüsseln und offenzulegen. »Wir brauchen eine adressatenadäquate Formulierung und praktische Beispiele. Es ist nicht möglich, wissenschaftliche Artikel in die Gesellschaft zu transportieren, welche Teile der Gesellschaft nicht verste-

hen.« Andererseits ist es notwendig, konstruktive politische Angebote zu steigern, welche die Probleme und Sorgen der Gesellschaft thematisieren. Kramer verdeutlicht »wir brauchen ein Werben für Politik«. Die Aufgabe der demokratischen Parteien besteht darin, den Bürger*innen Demokratie als gestaltbare Gesellschaftsform zu verdeutlichen sowie auch demokratische Werte auszusenden. Zuletzt sagt Kramer: »Ich bin optimistisch, denn ausgezählt wird am Wahlabend!« und bis dahin gilt: »Wer nicht kämpft, der hat schon verloren«. Jörg Müller schließt sich den optimistischen Worten Kramers an und plädiert insbesondere für die Investition in politischer Bildung für Kinder und Jugendliche auch im Rahmen der Schule. Die Behandlung des Themas Rechts-extremismus ist besonders im Bereich Schule sehr wichtig.

Dazu gehört die Aufklärung der Schüler, Diskussionen und das sofortige Suchen des persönlichen Gesprächs bei rechtsextremistischen Vorfällen in Schulen.

»Zuletzt möchte ich die drei dargelegten Strategien der AfD noch einmal zusammenfassen«, so Jörg Müller. »Ich möchte auf die Präsenz der AfD hinweisen. Die AfD ist überall vor Ort und für die Menschen ansprechbar und signalisiert, dass sie die Partei ist, welche sich um die Umsetzung der Anliegen der Gesellschaft kümmert. Das ist jedoch ein leeres Versprechen, weil die AfD kein einziges Problem löst. Aber durch Präsenz erwecken sie das Gefühl bei den Menschen, lösungsorientiert zu sein. Die zweite Strategie ist, die Belegung des aktionistischen Vorfelds durch die AfD. Regelmäßig tritt die Partei auf Demonstrationen auf und widmet sich dort Gesprächen mit Bürger*innen. Letztlich möchte ich noch einmal auf die starke Nutzung der sozialen Medien durch die AfD verweisen. Auf Plattformen der sozialen Medien nutzt die rechtsextremistische Partei Aussagen, öffnet hoch aufgeladene, emotionalisierte Themen, die nicht eindeutig und sofort als rechtsextremistisch erkennbar und einzustufen sind. Die AfD geht erst in die provokante Haltung und erlangt dann Beifall und Anerkennung, dafür, dass sie hochaufgeladene Themen aufgreift und wenig argumentativen Widerstand erfährt.«

Der Rechtsextremismus der AfD Brandenburg

Jörg Müller, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales, Brandenburg

Gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz (BbgVerfSchG) hat der Verfassungsschutz den Auftrag, Informationen über Personenzusammenschlüsse zu sammeln und auszuwerten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass in diesen verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden. In Parteien oder ihren Teilorganisationen werden verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt, wenn sie darauf gerichtet sind, die in § 4 Abs. 2 BbgVerfSchG genannten Verfassungsgrundsätze durch politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 BbgVerfSchG).

Anfang 2013 hatte sich die »AfD« im Zusammenhang mit der Diskussion um den Euro-Rettungsschirm gegründet. Ihre ursprüngliche Ausrichtung war die einer nationalliberalen Wirtschaftspartei. Von Anfang an traten jedoch Personen aus dem rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Spektrum der Partei bei.¹ Ab dem Jahr 2017 fingen diese Strömungen an, die »AfD Brandenburg«² zunehmend zu prägen und sammelten sich in der inzwischen formell aufgelösten »AfD«-Sammlungsbewegung »Der Flügel«. Heute dominieren sie den Landesverband mit völkisch-nationalistischen Konzepten und streben eine ethnisch homogene Gemeinschaft an.

Der Landesverband Brandenburg propagiert ein Politikkonzept, das primär auf die Ausgrenzung und Verächtlichmachung von Ausländern, Migranten, insbesondere Muslimen und politisch Andersdenkenden gerichtet ist. Die Staatsbürgerschaft von muslimischen Deutschen wird in Frage gestellt, ebenso und besonders das Aufenthalts- und Asylrecht. Bei konsequenter Umsetzung der von der Partei propagierten Positionen drohen Massenabschiebungen, rechtliche Ungleichbehandlung und Diskriminierung. Tragende Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung werden zur Disposition gestellt. Der Fortbestand eines ethnisch homogenen Volkes gilt als höchster Wert und der Einzelne wird im Wesentlichen als Träger des Deutschtums angesehen. »Kulturfremde« Nicht-Deutsche gelten als kaum oder gar nicht integrierbar. Ihnen soll eine Bleibeperspektive konsequent verwehrt werden.³

Charakteristisch für die »AfD Brandenburg« ist zudem, dass sich führende Mitglieder aktiv um die Vernetzung mit dem rechtsextremistischen Spektrum bemühen und so die Entgrenzung des Rechtsextremismus aktiv vorantreiben. Diese Protagonisten sehen sich als Teil einer »Bewegung«, zu der andere rechtsextremistische Organisationen beziehungsweise rechtsextremistische Strukturen, wie das »Institut für Staatspolitik« (IfS), der Verein »Zukunft Heimat e. V.«, das Magazin »COMPACT«, die »Identitäre Bewegung« (IB) und »Ein Prozent« gehören. Der Verfassungsschutz spricht hier von einer *verfassungsfeindlichen politisch-medialen* Formation.

Diese und weitere Entwicklungen haben dafür gesorgt, dass spezielle rechtsextremistische Konzepte längst fester Bestandteil der AfD-Programmatik geworden sind. So beruht die AfD-Forderung nach »Remigration« unmittelbar auf dem ebenfalls rechtsextremistischen Ansatz des Ethno-Pluralismus. Dieser wird seit Jahren von der Identitären Bewegung vorangetrieben. Dahinter steckt der österreichische Rechtsextremist Martin Sellner. »Ethno-Pluralismus« klingt knackig, modern und nicht unmittelbar extrem, ja sogar poppig. Diese Verschleierung ist auch die Absicht. Übersetzt heißt das aber nichts anderes als »Rassen-Pluralismus«. Und gemeint ist damit, dass jeder Staat oder staatenübergreifende Kulturraum für sich bleiben soll. Migration soll demnach unterbunden und Abschottung betrieben werden. Deswegen steht der Ethno-Pluralismus auch für den Wunsch nach »Ethno-Homogenität«. Übersetzt heißt das jedoch nichts anderes als »Rassen-Homogenität«. In letzter Konsequenz sind das also alles rechtsextremistische Konzepte, die wiederum auf »Rassenhygiene« beruhen, womit wir bei der Ideologie der NSDAP angelangt sind.

Christoph Berndt, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg und Spitzenkandidat bei der 2024er Landtagswahl, war lange Zeit Vorsitzender des neonationalsozialistisch beeinflussten Vereins »Zukunft Heimat«. Denn Personen, welche bereits 2012 von dem Verbot der neonationalsozialistisch ausgerichteten »Widerstandsbewegung Südbrandenburg«⁴ (auch »Spreelichter« genannt) betroffen waren, weisen Bezüge zu dem Verein auf. Das gilt ebenso für weitere Teile der

eben genannten *verfassungsfeindlichen politisch-medialen* Formation.

Gerade mit Blick auf das rechtsextremistische COMPACT-Magazin verfolgen sowohl Berndt, seine AfD als auch das Magazin selbst eine zunehmend enge Kooperation. So erklärte Berndt am 6. April 2024 auf dem Landesparteitag in Jüterbog: »Und weil nur eine Volksbewegung die krankhafte Verachtung des Eigenen kurieren kann, ist eine enge Verbindung mit dem Vorfeld für uns wichtiger als für jede andere Partei. Und deshalb: Ob Junge Alternative, COMPACT oder Ein Prozent, ob Institut für Staatspolitik, PEGIDA oder Zukunft Heimat: Wir unterwerfen uns keinem Verdammungsdiktat ... Wir distanzieren uns nicht. Wir halten zusammen und wir wehren uns gemeinsam.« Das formulierte er, nachdem beispielsweise der Chefredakteur und Herausgeber des COMPACT-Magazins, Jürgen Elsässer, am 3. Oktober 2023 bei einer Rede in Gera die Frage stellte, ob die DDR als »Deutsches Demokratisches Reich« in einem vom Westen der Republik abgespaltenen Ostdeutschland wiedergegründet werden sollte. Den AfD-Rechtsextremisten Höcke wünschte er sich hierfür als »Reichskanzler«. Zudem schwebte ihm vor, dass »gemischte deutsch-russische Bataillone« »an der Oder« Deutschland »gegen die Polen verteidigen« sollen. Der Antisemit und Rechtsextremist Elsässer ist bekennender Unterstützer von Putin und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine. So berichtet COMPACT auf seiner Homepage zum Beispiel im Mai 2022, »globale Eliten« verfolgen einen »Great-Reset-Genozid«, also »Massenmord-Pläne«. »Der Mossad« habe dafür »Ethnowaffen ... entwickelt«. »Diese könnten nun eingesetzt werden«. Hierbei gehe es auch um »ukrainische Bio-Labore«. Und dann fragt COMPACT: »Wurde das von Präsident Selenskyj regierte Land zum Experimentierfeld der Menschheitsdezimierer auserkoren? Und hat ihnen Putins Armee einen Strich durch die Rechnung gemacht?« Das ist die Rechtfertigung eines Angriffskriegs mit Antisemitismus. Im Übrigen

findet hier mit Blick auf die Ukraine sogar noch eine Täter-Opfer-Umkehr statt.

Im Zuge des aktuell außer Vollzug gesetzten Verbots von COMPACT rückten beide noch enger zusammen. So lud die AfD-Landtagsfraktion Elsässer zu einer gemeinsamen Pressekonferenz am 16. August 2024 in den Landtag Brandenburg ein. Berndt lobte Elsässer. Dieser habe sich verdient gemacht um die »Pressefreiheit« und »Demokratie« im Land. Elsässer und seine Anwälte hätten sich »jeden Orden des Landes verdient«.

Anmerkungen:

¹ Vgl. Lewandowsky, Marcel: »Alternative für Deutschland (AfD)«, in Decker, Frank und Viola Neu (Hrsg.): »Handbuch der deutschen Parteien«, 3. Auflage, Wiesbaden 2017, S. 161-170.

² Bereits im Jahr 2019 wurden die »Junge Alternative Brandenburg« (JA Brandenburg) und »Der Flügel« als Teilstrukturen der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD, Landesverband Brandenburg) vom Verfassungsschutz Brandenburg als Verdachtsfälle für rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung eingestuft, da hierfür hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte vorlagen. »Der Flügel« hat nach eigenen Angaben Ende April 2020 seine Aktivitäten bundesweit eingestellt. Seit Juni 2020 ist der brandenburgische »AfD«-Landesverband selbst Verdachtsfall für rechtsextremistische Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die »JA Brandenburg« wurde im Juli 2023 zur erwiesenen rechtsextremistischen Bestrebungen hochgestuft.

³ Diese Einschätzung wird durch ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 28. Mai 2020 zum »Flügel« innerhalb der AfD bestätigt (vgl. VG Berlin, Beschluss v. 28.05.2020, Az. VG 1 L 97/20, S. 17f.). Das Gericht hält in seiner Urteilsbegründung fest, dass »tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht dafür [bestehen], dass zentrale politische Vorstellungen des Flügels der Erhalt des deutschen Volkes in seinem ethnischen Bestand ist und ethnisch »Fremde« nach Möglichkeit ausgeschlossen bleiben sollen«. Die Richter schlussfolgern unmissverständlich: »Ein dergestalt völkischabstammungsmäßiger Volksbegriff verstößt gegen die Menschenwürde.«

⁴ Das Verbot wurde im Jahr 2014 vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt. 

Glaube, Liebe, Hoffnung Orientierungsversuche in Zeiten des Streits 2.0

Heinz-Joachim Lohmann, Beauftragter der Evangelischen Kirche Berlin-Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz zum Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Geschäftsführer von Oikosnet Europe

Dr. Christian Staffa, Christlicher Vorsitzender der AG Juden und Christen beim Deutschen Evangelischen Kirchentag, Antisemitismusbeauftragter des Rates der EKD

Berlin, Juli 2020 / überarbeitet Juli 2024

Nach den friedlichen Revolutionen von 1989 und dem Ende der Apartheid in den Neunzigern hofften wir, dass die Welt demokratischer, gerechter und friedlicher wird. Repräsentativ gewählte und partizipative Strukturen breiteten sich aus, Militärausgaben reduzierten sich und Armeen schrumpften. Das Gewicht des globalen Südens in der Weltgemeinschaft wuchs.

Jetzt ändern sich die Zeiten. Die Debattenlage und die reale Lage spitzen sich zu. Wir hielten den Angriff Russlands auf die Ukraine für nicht möglich und ahnten nichts von dem alle Begriffe sprengenden Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023. Der plötzlich so nahe an uns heranrückende Krieg und die Nachrichtenmanipulationen und erinnerungspolitischen Versatzstücke stifteten Verwirrung und steigerten Unsicherheit. Die darauffolgende Welle an Antisemitismus in der ganzen Welt hat wie der Krieg haben einerseits Verwirrungen ausgelöst und andererseits wichtige Fragen nach Möglichkeiten von Frieden und Gerechtigkeit für unsere Zukunft gestellt. Die allerorten auftretende Menschenverachtung macht uns fassungslos. Die Antworten auf die geänderten Realitäten sind mehr als unterschiedlich und lassen uns immer wieder mit Ratlosigkeit und Zweifeln zurück. Die aber gehören biblisch zum Leben.

Dazu kommt, dass sicher Geglaubtes in unserem Land seit längerem ins Wanken gerät. Sogenannte Wutbürger*innen bestreiten die demokratische Verfasstheit und ihre Verbesserungswürdigkeit. Teile der Bevölkerung werten bestimmte Gruppen von Menschen ab. Ängste mischen sich ununterscheidbar mit Aggressionen. Die kirchliche Entschiedenheit, sich nicht im Nationalen zu verlieren, wird massiv attackiert.

Auf der ganzen Welt denunzieren Interessengruppen Wahrheitssuche und Rationalität. Offen-

kundiger und gewalttätiger Rassismus, aber auch der laute Widerstand dagegen, die Diskussionen über Privilegien, Exklusion und Inklusion und Antisemitismus bestimmen nicht nur in Deutschland die öffentlichen Debatten.

Vor 4 Jahren haben wir dieses Papier verfasst, in dem wir versuchen strittige Themen aus biblischer Sicht aufzunehmen und darin Orientierung zu suchen und anzubieten. Das lassen wir nun im Kern unverändert. Wir ergänzen nur Diskussionen, Perspektiven und Themen, die seither dazu gekommen sind bzw. für uns in einem anderen Licht scheinen.

Im Zentrum der Überlegungen über unsere Grundlagen stehen die Heiligen Schriften, Gottes Geschichte mit Israel und den Völkern und Jesus. Jesus, der Sohn Gottes, und Jesus, der Jude. Beide gehören für uns zusammen. Nach vielen Jahrhunderten christlicher Judenfeindschaft lernte Kirche im jüdisch-christlichen Gespräch nach der Shoah die - länger als früher gedacht währende - Gemeinschaft mit den jüdischen Geschwistern zu akzeptieren, wertzuschätzen und als gemeinsame Suche nach dem Willen Gottes in der Welt anzunehmen.

Kirche muss sich dem aktuellen gesellschaftlichen Sturm stellen, muss Angebote machen, die nicht die Ängste bestätigen, sondern Mut machen, den je anderen im Außen wie auch im Eigenen zu begegnen und nicht auf den eigenen Privilegien zu beharren.

Nach Jahrzehnten kontinuierlich und sprunghaft sinkender Gemeindegliederzahlen kommt es darauf an, nicht weiterhin so zu tun, als ließen sich mit besseren Aktivitäten alte Verhältnisse wieder herbeiführen. An die Stelle der Sehnsucht nach einer vergangenen Normalität sollten die Freude über die Verbleibenden treten und die Arbeit mit ihnen an der Mission der Kirche. Mission ist schon im Neuen Testament weniger die Steige-

rung von Gemeindegliederzahlen als den Frieden des Gottes Israels in Jesus Christus und die biblische Botschaft von der Gottesebenbildlichkeit aller Menschen und von Gottes Gerechtigkeit und an die Enden der Erde zu tragen. Aber auch die eigene Situation im Licht der Botschaft zu interpretieren und das eigene Verhalten daran zu orientieren und damit seinen Auftrag zu erfüllen und in die Gesellschaft, an der wir Anteil haben, unsere Position hineinzutragen.

Was wir glauben und tun, führt uns in dieser Situation verstärkt zu einem Punkt, an dem wir neu nachdenken und auch etwas ausschließen müssen. In unserem »Ja« liegt die Begründung für unser »Nein«. Was wir als unseren Glauben bekennen, führt uns zu dem, dem wir entgegentreten. Deshalb bieten wir die sechs folgenden Glaubenssätze an und die aus ihnen resultierenden Ablehnungen von Haltungen oder Aussagen, die in der gegenwärtigen öffentlichen Auseinandersetzung eine destruktive Rolle spielen. Unser Gebet zu dem Gott Israels und Vater Jesu Christi möge uns den Weg weisen, wie wir als Nachfolger*innen von Jesus die Tiefe des Glaubens finden, um in der gegenwärtigen Zeit des Streits zu bestehen und in den Krisen handlungsfähig zu werden.

Wir tun dies in Demut im Wissen auch darum, dass es uns selten gelingt, Licht der Welt zu sein, mit Gebet und im Vertrauen auf die Gnade und den Heiligen Geist Gottes.

»Wer ist der Mensch, der das Leben liebt und gute Tage zu sehen wünscht?« (Psalm 34, 13)
Wenn du das hörst und antwortest: »Ich«, dann sagt Gott zu dir: »Willst du wahres und unvergängliches Leben, bewahre deine Zunge vor Bösem und deine Lippen vor falscher Rede! Meide das Böse und tu das Gute; suche Frieden und jage ihm nach!« (1. Petrus 3, 10-12), Regula Benedicti, Prolog 15-17

Wir glauben, dass jedes menschliche Wesen geschaffen wurde als ein Ebenbild Gottes (Genesis 1,26). Als solch ein Ebenbild hat Gott jedem und jeder Würde und Wert beigelegt, so dass wir Kinder des einen Gottes sind, der alles geschaffen hat. Jede Form des Rassismus verleugnet die Ebenbildlichkeit Gottes bei einem Teil der Kinder Gottes. Die Gerechtigkeit unter den Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, und die Aufhebung aller Zertrennungen sind für uns biblische und theologische Vorgaben. Sie sind Wesensmerkmale der Aufgabe (Mission) der Kirche in dieser Welt.

Darum lehnen wir ab: das Aufleben eines Nationalismus und Rassismus an verschiedenen Enden unseres Landes, Europas und der Welt. Wir nennen alle Ideen, Anschauungen oder politische Aussagen, die rassistische Vorurteile, Ängste und Sprache benutzen, Sünde - eine Sünde, die tief in die Geschichte des weißen Europas eingeschrieben ist und immer noch fortbesteht. Jede Form des Rassismus ist mit der Zugehörigkeit zum Leib Christi unvereinbar.

Wir glauben, dass im Abendmahl Erinnerung und Sündenvergebung zusammenkommen (1. Korinther 11, 23-32). In der Erinnerung an den Juden Jesus wird Gemeinschaft gestiftet und Schuld vergeben, in der Erinnerung an unsere Schuld eröffnen wir den Weg zu Reue, Umkehr, Vergebung und Neuanfang. Wir sind Teil der Geschichte Gottes mit seiner Schöpfung und seinem Volk (Deuteronomium 26,5ff.). In dieser Geschichte haben wir teil an dem, was vor uns war und was nach uns sein wird: »Die Eltern haben saure Trauben gegessen und den Kindern werden die Zähne stumpf.« (Jeremia 31,29). Deshalb suchen wir zur Verantwortung zu stehen, nicht nur für unsere Verstrickungen in gegenwärtiges Unrecht, sondern auch für die Un-Taten der Generationen vor uns. Aus beidem wollen wir lernen, weil nur so Gemeinschaft der Verschiedenen auf Augenhöhe möglich wird.

Darum lehnen wir ab: die Umdeutung des Nationalsozialismus in eine Fußnote der Geschichte und den Versuch, eine ungebrochene deutsche Heldengeschichte zu generieren, ebenso wie die Erklärung von Nation und Volk zum Ziel der Geschichte und von Fremden zu Feinden. Wir halten es für unerträglich, die Politik Israels mit der des nationalsozialistischen Deutschlands zu vergleichen.

Wir glauben, dass Gott uns aus scheinbar sicheren Verhältnissen in die Unsicherheit ruft. Verheißung bedeutet Aufbruch: Abraham und Sara verlassen ihr Vaterland, Israel die Sklaverei in Ägypten, David die Herde seines Vaters, Jeremia seine geordneten Verhältnisse. Jesus kehrt mit Maria und Joseph zurück nach Ägypten und bricht auf, um die Botschaft in Gottes Wort anders zu interpretieren und die Grenzen des Lebens zu überwinden. Deshalb sehen wir Migration in der Bibel als die Mutter aller Entwicklung und Aufbruch als den Ausgang von Gottes Sendung.

Deshalb lehnen wir ab: die negative Bewertung von Flucht und Migration in politischen Reden, in

sozialen Netzwerken und in Medien. Es ist unerträglich, dass Geflüchtete zu Verantwortlichen für allgemeine gesellschaftliche Ungerechtigkeiten wie fehlende Wohnungen, geringe Renten und mangelnde Kita-Plätze gemacht werden. Es ist gegen die Wurzeln menschlicher Entwicklung und biblischer Weltdeutung gerichtet, wenn Migration nur als Problem gesehen wird und Migrant*innen zu Sündenböcken für nicht von ihnen verantwortete soziale und politische Defizite gemacht werden. Stattdessen muss Europa, müssen wir reichen Nationen dieser Welt unseren großen Anteil an Korruption und mangelnder Entwicklungsmöglichkeit in den Herkunftsländern der Geflüchteten aktiv wahrnehmen. Wir glauben nicht, dass Nationen aus homogenen ethnischen Zusammenhängen bestehen, sondern geprägt werden von Menschen, die gemeinsam ihr Zusammenleben regeln wollen und ihre Visionen von Freiheit, Gemeinschaft und Gerechtigkeit umsetzen.

Wir glauben an das Bild von der Zeitenwende, das der Prophet Micha (Mi 4,1-4) beschreibt. In dieser Zeitenwende treffen sich die Völker, um den Krieg abzuschaffen, gemeinsam leben zu lernen und es sich miteinander gut gehen zu lassen. In der gegenwärtigen Situation gilt es zu begreifen, wie wir mit unseren Schwesterreligionen einen konkurrenzfreien Weg der Gemeinschaft entwickeln können. Wir wissen aus unserer Geschichte, dass wir nicht gefeit sind vor Herrschaftssehnsüchten und Gewalt. Das macht uns demütig, aber ernsthaft und realistisch im Ringen um einen friedlichen gemeinsamen Weg mit anderen Religionen. Gerade unsere in Teilen von großer Gewalt gezeichnete Kirchengeschichte lässt uns dankbar wahrnehmen, wie viele der ehemaligen Opfer von Judenhass und kolonialem christlichen Überlegenheitsgefühl heute noch und wieder mit uns diese Welt gemeinsam gestalten wollen.

Deshalb lehnen wir ab: Wenn Muslime pauschal als Gefahr für die moderne Welt beschrieben werden. Der Islam und die Muslime in ihrer Gesamtheit sind weder antimodern, noch zur Gewalt neigend, noch nicht integrierbar. Wir weisen auch die Einstellung zurück, dass Juden zu viel Einfluss in der Welt haben. Wir lehnen es entschieden ab, das Judentum negativ entlang der diskriminierenden Zuschreibungen der Vergangenheit zu betrachten, mit den kirchlich geprägten und denunzierenden Stichworten »Rache-gott«, Pharisäer, Gesetzlichkeit, Partikularismus, die sich nicht selten in einem sich christlich verstehenden Antizionismus zeigen.

Wir glauben, dass Paulus (2. Korinther 12,14.15) schließlich keinen festen Wohnort mehr kennt und sich zum Ziel setzt, die innerweltlichen Grenzen außer Kraft zu setzen: Herkunft, Status, Geschlecht. Paulus arbeitet mit Apostelinnen (Junia) zusammen, traditionelle Geschlechterrollen sind aufgehoben in der Gestaltung der neuen Wirklichkeit. Diese Vision oder auch Sicht auf die Wirklichkeit der Gemeinde, die Wirklichkeit der Welt werden will, ist uns Richtschnur unseres gemeindlichen und gesellschaftlichen Engagements: »Da ist nicht Jude noch Grieche, nicht männlich noch weiblich, nicht Herr noch Knecht«. (Galater 3,28). Wir wissen, dass wir diesen kurzen wie umfassenden Glaubenssätzen in unseren Kirchen hinterherhinken. Das macht unser Angewiesensein auf Gottes Gnade mehr als deutlich. Gott hat diese Gnade seinem Volk und den Völkern immer wieder zugesprochen. Aber dieser Zuspruch ist keine billige Gnade, sondern setzt den Willen zur Umkehr und zum Tun der Weisung voraus.

Deshalb lehnen wir ab: alle Weltanschauungen, die sich der sogenannten natürlichen Ungleichheit bedienen, ebenso die Herrschafts- und Gewaltverhältnisse unter Menschen, die rassistischen oder ethnozentrischen Zuschreibungen von Wertigkeit von Menschen konstruieren. Die eurozentrische Perspektive, die Europa und seine Geschichte anderen Kontinenten für überlegen hält, die männliche Vorstellung von Überlegenheit, die judenfeindliche und rassistische Perspektive auf »die Anderen« lehnen wir als unchristlich und sündhaft ab.

Wir glauben, wie wir die Hungrigen und Durstigen, die Nackten, die Fremden, die Kranken und die Gefangenen behandeln, so behandeln wir Christus selbst. »Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern und Schwestern, das habt ihr mir getan.« (Matthäus 25,31-46). Gott ruft uns auf, Gerechtigkeit für die zu schützen und zu suchen, die arm und verletzlich sind. Wie wir Menschen behandeln, die als »benachteiligt«, »Fremde«, »Außenseiter« oder sonst wie als am Rand stehend gelten, erweist, wie es um unser Verhältnis zu Gott steht, der uns alle in seiner göttlichen Größe und Liebe gleich geschaffen hat. Wenn wir Jesus Christus als den Herrn verkündigen, erklären wir unsere Solidarität mit den Schwächsten. Es gehört zu den zentralen Verpflichtungen aus beiden Teilen unserer Bibel in der Nachfolge Jesu, die Armen zu schützen. Wenn unser Evangelium keine »Gute Nachricht für die Armen« ist, dann ist es nicht das Evangelium Jesu Christi (Lukas 4,18).

Darum lehnen wir ab: die Sprache und Politik jener Verantwortlichen, die die schwächsten Kinder Gottes erniedrigen und im Stich lassen. Wir bedauern aufs Äußerste die zunehmenden Angriffe auf Einwandernde und Geflüchtete. Mit Erschrecken nehmen wir wahr, dass die Zahl der Menschen stetig steigt, denen Teilhabe an zentralen gesellschaftlichen Gütern aufgrund ihres Einkommens nicht möglich ist, deren Kinder weniger Chancen auf Bildung. Wir wollen und sollen Lösungen finden, die die Erfahrung von Menschen aus verschiedenen politischen Richtungen, unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauungen widerspiegeln, wie das Gemeinwohl zu fördern ist.

Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit und Friede und Freude im Heiligen Geist. (Römer 14,17).

Wir haben große Sorge um die produktive und menschenfreundliche Weiterentwicklung von Demokratie in Deutschland, Europa und der Welt, aber auch um unsere Kirchen und die Integrität unseres Glaubens. Die gegenwärtige angespannte Lage ruft uns auf, tiefer zu blicken - tiefer im Blick auf unsere Beziehung zu Gott, tiefer im Blick auf unsere Beziehungen untereinander, besonders über die Grenzen von Herkunft, ethnischen Zugehörigkeiten und Nationalität hinweg. Die Kirche erliegt immer wieder der Versuchung, sich den Mächtigen zu unterwerfen, sich kulturell anzupassen oder sich Trennungen in Ethnien, Klassen oder Geschlechter zu eigen zu machen. Wir wollen darauf mit der Grundlinie unserer Schrift(en) antworten: »Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, auf dass ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene.« (Römer 12,1-2) Die beste Antwort auf politischen, materiellen, kulturellen, rassistischen oder nationalen Götzendienst ist das erste Gebot: »Du sollst keine anderen Götter haben neben mir.« (Exodus 20,3). Jesus fasste das größte Gebot so zusammen:

»Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: »Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.« (Matthäus 22,38).

Wir gestehen, dass die von Micha prophezeite Zeitenwende, in der sich die Völker treffen, um den Krieg abzuschaffen, gemeinsam leben zu lernen und es sich miteinander gut gehen zulassen wieder mehr zu einem fernen Bild der Hoffnung geworden ist. Zwischen es und uns haben sich derzeit unüberbrückbar erscheinende Gewalterfahrungen, Feindschaften zwischen Völkern und Kriege geschoben, die Abwägungen zwischen Widerstandsrecht und Gewaltverzicht erfordern, die wir vor kurzer Zeit noch nicht für notwendig hielten. Die Optionen für die selbstbestimmte Unabhängigkeit der Ukraine und das Überleben Israels schließen derzeit aus unserer Perspektive einfachen Gewaltverzicht aus. Mit diesem Standpunkt begeben wir uns in eine kontroverse Debatte, in der es aus unserer Perspektive kein einfaches »Richtig« oder »Falsch« gibt, sondern nur die Möglichkeit verantwortlichen Handelns, das uns schuldig werden lässt und für das wir Vergebung erbitten dürfen.

Wir bekennen, dass auch wir immer wieder zu bequem sind, Fragen nach unseren eigenen Verstrickungen in Gewalt und Machtstrukturen in den Gemeinden, Synoden und Gremien unserer Kirchen zu stellen. Wir wissen, dass wir zu wenig darum ringen, in welcher Welt wir leben wollen. Wir meiden Konflikte - und deshalb hören wir zu wenig von den Abgründen in uns und unseren Mitmenschen. Wir haben es dringend nötig, in unsicheren Zeiten, von denen die Heiligen Schriften voll sind, in der Kraft des Geistes und im Ringen um die Bedeutung unserer Glaubenssätze aufzubrechen und umzukehren. Glaube, Liebe und Hoffnung sollen uns leiten in der Überwindung des Bedrückenden und im Aufbruch in die Freiheit der Kinder Gottes. 